

Kurzbericht

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

(125. - öffentliche - Sitzung am 24. Juni 2021)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/9076](#)

Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen in Niedersachsen
- Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen
- Niedersächsischer Inklusionsrat von Menschen mit Behinderungen
- Deutscher Schwerhörigenbund - Landesverband Niedersachsen e. V.
- Gehörlosenverband Niedersachsen e. V.
- Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e. V.
- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens
- Lebenshilfe Landesverband Niedersachsen e. V.
- LAG der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V.
- Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e. V.
- Behinderten-Sportverband Niedersachsen e. V.
- Sozialverband Deutschland, Landesverband Niedersachsen

2. **Behandlungsqualität für Patientinnen und Patienten entscheidend verbessern - sektorenübergreifende Versorgung weiterentwickeln, Regionale Gesundheitszentren einführen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/9402](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: -

3. **Qualitativ hochwertige und wohnortnahe Krankenhausversorgung auch in Zukunft sicherstellen - niedersächsische Krankenhauslandschaft weiterentwickeln**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/9405](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: -

4. **Kein Sexkaufverbot nach Nordischem Modell - Betroffenen helfen und nicht in die Illegalität abschieben - Prostitutionsberatung stärken**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/8707](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP

Enthaltung: -

5. **Einbahnstraße Corona? - Interessen von Kindern und Jugendlichen in und nach der Pandemie stärker berücksichtigen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/9403](#)

Der Ausschuss nahm zu diesem Antrag eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.